Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 4 (1924-1925)

Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

seitiger Parteinahme für Bührers Freie Bühne. Allein ihre grundsfähliche Auffassung und Stellungnahme zur Frage ist einleuchtend, wegleitend und fruchtbar; das kritische Urteil des Verfassers über die schweizerischen Dramatiker scharf und bisweilen ungerecht, aber immer aus eigener Überzeugung geschöpft und überaus anregend.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Dom ewigen Frieden. — Der bundesrätliche Bericht über die Betition betreffend die Jivildienstpflicht. — Der neue Garantiepalt.

Wenn wir einen Maßstab gewinnen wollen, um Wert und Tragweite gegenwärtiger Vorgänge und Handlungen ermessen zu können, dürsen wir unsern Blick nicht nur rückwärts in die Vergangenheit richten; wir müssen auch vorwärts in die Zukunft schauen, erwägend, was dort einmal möglich und wahrscheinlich, und was unmöglich und unwahrscheinlich sein wird. Man sagt allerdings, im geschichtlichen Geschehen seien keine Gesete erkennbar; im Gegenssatz zur Welt der unbelebten Natur lasse sich im Vereich des menschlichen Willens nichts mit Gewißheit vorausbestimmen. Gibt es aber nicht trotzem auch im Menschens und Völkerleben Wahrheiten, die ungeschrieben, nicht in die mathematischen Formeln eines Naturgesetzs faßbar, nur in Bildern und Gleichnissen zum Bewußtsein dringend, doch ewig und unverrückbar sind?

willens nichts mit Gewißheit vorausbestimmen. Gibt es aber nicht trozdem auch im Menschen- und Bölserleben Wahrheiten, die ungeschrieben, nicht in die mathematischen Formeln eines Naturgesetzes faßbar, nur in Bildern und Gleichnissen zum Bewußtsein dringend, doch ewig und unverrückar sind?

Der Marrismus lehrt als Ende und Ziel seiner Bestrebungen das Aushören des politischen Kräftespiels, den "ewigen Frieden" im klassenlosen Staate. Der Weg dazu sühre über die Diktatur des Proletariates, d. h. die dorübergehende Gewaltherrschaft der Arbeiterklasse und die Zerschmetterung und Ausrottung aller Gegenkräfte. — Solange es aber Menschen, d. h. willensbegadte Wesen gibt, solange wird es ein Spiel einzelner oder gruppensweise organisierter Willensträfte, ein politisches Kräftespiel geben. Die Art, wie sich entgegengesetzt politische Kräfte miteinander messen. Die Art, wie sich entgegengesetzt politische Kräfte miteinander messen. Die Weth ob eihrer Auseinandersetzung kann im Laufe geschichtlicher Zeiträume ändern. Das Spiel selbst bleibt ewig. Am Ende jeder Diktatur steht nicht der ewige Friede, sondern die mühsame, allmähliche Wiederherstellung des gewaltsam gestörten Kräftespiels. Kevolutionen, die mit Gewalt erstarrte, einen freien Kräfteausgleich hemmende Formen zerbrechen, bleiben vielleicht immer unvermeidlich. Je nach ihrer Zielsehung können sie aber zu surchsbaren Umswegen werden. Die russische Kevolution als Zerstörer unerträglich gewordener Wertum ihrer Zielsehung — den ewigen Frieden im klassenden Durch den Fortum ihrer Zielsehung — den ewigen Frieden im klassenden Durch den Frrtum ihrer Zielsehung — den ewigen Frieden im klassenden Surch den Freiden ihrer Sielsehung — den ewigen Frieden im klassenden Durch den Frrtum ihrer Zielsehung — den ewigen Frieden im klassenden Durch den Freiden ihrer Sielsehung — den ewigen Frieden im klassenden Durch den Freiden und unglücks geworden.

Wilson hat das amerikanische Volk und die ganze Welt zum Kreuzzug gegen die "Feinde des Völkerfriedens" aufgerusen. Durch die Diktatur der friedliebenden Völker und die Ferschmetterung aller Gegenkräfte sollte die Vorsbedingung für den ewigen Frieden zwischen den Staaten der Erde geschaffen werden. Aber auch wenn Wilson über die wahren Triebkräfte des Weltkrieges nicht getäuscht worden wäre, hätte am Ende des Kampses, nach der Zersschmetterung der einen Partei, nicht dec ewige Friede gestanden. Wie im poslitischen Leben innerhalb des Staates wird es auch im Leben zwischen den Staaten immer ein Spiel ihrer natürlichen Kräfte geben. Die Art, wie diese

Aräfte sich miteinander messen, die Methode des Austrags ihrer Gegensäte, Das Spiel selbst bleibt ewig. Durch die Diftatur, die eine fann ändern. Gruppe von Staaten über eine andere Gruppe errichtet, mag dieses Spiel zeit= weilig gestört oder unterdrückt werden. Es wird wiederkehren — und foll auch wiederfehren: denn Gewaltherrichaft und Unterdrückung fann uns nie Ibeal und Ziel sein. Darum ift es der große Frrtum einiger idealistischer Führer in diesem Weltkrieg gewesen, daß an seinem Ende der ewige Friede stehen werde. Wegen diesem Frrtum ist der Weltkrieg zu dem furchtbaren Umweg geworden, beffen Ende wir noch immer nicht erreicht haben. Aus diefem Frrtum ist der unsinnige Glaube entstanden — von dem sich ja auch die Führer der russischen Revolution leiten ließen —, daß zuerst die Gegenpartei zerschmettert sein müsse, bevor das ideale Ziel des Kampses verwirklicht werden könne; liege diese nur einmal zerstampst am Voden, dann sei der ewige Völkersriede — im Falle der russischen Revolution: der klassenlose Staat — da. Das Erschwissenlose gebnis des Weltkrieges war aber nicht der ewige Völkerfriede, sondern die Zerstörung vorwiegend des europäischen Kräftespiels, dessen allmähliche Wiederhers stellung der Welt seit sechs Jahren so viel Mühe bereitet.

Leicht geschieht es, daß derartige gutgläubig, aus mangelnder Erkenntnis= fraft von ihren Urhebern begangene gedankliche Frrtumer von anderer Seite bewußt und mit Absicht verbreitet werden, um unter ihrem verwirrenden Ginfluß ganz andersgeartete Ziele als die vorgegebenen verwirklichen gu können. Die Urheber des Margismus und viele seiner heutigen Unhänger mögen gutgläubig dieses nie durchführbare Ziel des paradieshaften, tampflos ungeforgten Endzustandes der menschlichen Gesellschaft vor Augen haben. Ebensoviele seiner Borkampfer spiegeln aber den von Mühjal und Not bedrückten Massen diesen idealen Endzustand in voller Erkenntnis seiner Unerreichbarkeit vor; eine von diesem Glauben an einen all ihre Not beendenden Zustand beseelte Maffe läßt sich leichter zum "letten" Kampf gegen die Bourgeois-Alasse als dem einzigen Hindernis für den Anbruch des klassenlosen Friedenszustandes führen. Ist mit Hilfe der durch die betäubende Wirkung des Schlagworts in die Hand der Führer gegebenen Masse die Macht errungen, die Gegenpartei zerschmettert, dann steht der Jdealist vor der großen Enttäuschung, daß sein Ideal nicht durchführbar ist, daß nicht eine Anderung im Wesen der Menschen, sondern nur ein Machtwechsel stattgefunden hat; der "Realist" hingegen schreitet zur ungehemmten Ausnutzung seines Sieges und seiner Machtfülse.

Ein berartiges Gemisch von gutgläubigem Frrtum und bewußter Borspiegelung anderer Ziele als sie in Wirklichkeit erstrebt werden, hat der Bundesrat in der Petition für die Einführung der Zivildienstpflicht erblickt. In seiner Botschaft an die Bundesversammlung, in deren Berbstfession die Frage zur Behandlung kommt, lehnt er es ab, demjenigen Teil der Betenten zu folgen, die gutgläubig den ewigen Frieden durch den Bergicht auf die eigene Selbstbehauptung meinen herstellen zu können und in der Einführung des Zivildiensts den Anfang für den Abbau der im Heere verkörperten staatlichen Berteidigungsfähigkeit überhaupt erblicken; und abgelehnt wird vom Bundesrat natürlich erst recht, wenn die Einführung der Zivildienstpflicht aus polistischen Gründen verlangt wird, nämlich um die Dienstverweigerung in großem Umfang zu erniöglichen und so das "bürgerliche" Heer zu schwächen, damit dieses eines Tages um so leichter die Beute der proletarischen Armee werde. Bielleicht hätten wir in der Botschaft gerne einen noch etwas bestimmteren und grundsätlicheren Ton gesehen. Sie enthält etwas zu viel Konzessionen an die augenblicklichen Modeströmungen: die Schweiz könne heute "noch nicht" abrusten; wir verabscheuten den Krieg zwar fürchterlich, aber die Beziehungen zwischen den Bölkern seien "noch nicht" derart, daß wir auf eine Wehrmacht verzichten könnten u. s. w. Nein: nie können wir auf eine "Wehr-macht", zum mindesten nicht im geistigen Sinne, verzichten. Ein Staat felbst ist und bleibt in alle Ewigkeit eine Wehrmacht. Darüber, daß Methoden sich ändern, dürfen wir nie vergessen, daß das Wesen des Menschen- und Bölker- lebens sich immer gleich bleibt. Und dies Wesen ist Kampf!

Nicht nur im innerstaatlichen Leben werden gedankliche Frrtumer einzelner Führer benüt, um die Massen zu täuschen und für andere Zwecke zu miß-brauchen. Ein fürchterlicher Mißbrauch dieser Art ist im zwisch en staatlichen Leben im Weltkrieg getrieben worden. Mit dem Schlagwort, daß es sich um den letzten Krieg handle, daß es gelte, mit dem Sieg zugleich den Sieg über den Arieg überhaupt zu erringen, wurden die Bölker aufgepeitscht, ihr Lettes an den Kampf zu geben. Und als der Gegner zerschmettert am Boden lag, standen die Jdealisten vor der großen Enttäuschung: die "Realisten" dachten nicht an den ewigen Frieden, sondern an ihren Frieden, dachten nur daran, die seltene Gunft der Umstände, ihre schrankenlose Machtfülle, zu der ihnen gerade die Berwendung jener Schlagworte der Jdealisten wesentlich versholfen hatte, bis zum äußersten für ihre selbstischen Zwecke auszunuten. Und nicht genug damit! Das Schlagwort vom ewigen Frieden, den es mit dem Sieg zu verwirtlichen gelte, ift nicht nur verwendet worden, um diefen Sieg zu erringen. Es wird seither genau so verwendet, um die neuen Macht- und Gebietsverhältnisse, wie sie aus der schrankenlosen Ausnützung des Sieges entstanden find, für alle Zeiten zu veremigen. Der ewige Friede foll nun darin bestehen, daß an diesen Macht= und Gebietsverhältnissen nie mehr gerüttelt werden darf. Bu diefem Zwecke werden alle Staaten ber Erde aufgerufen nicht nur Diejenigen, Die als Rubnieger Diefer neuen Macht= und Gebietsver= hältniffe an beren Berewigung intereffiert find, fonbern auch biejenigen, gegen beren Interessen sie unmittelbar ober mittelbar verstoßen -: unter dem Schlagwort "Berhinderung des Rrieges" follen fie die Sicherstellung diefer Berhaltnisse durch eine Rollektivgarantie übernehmen, nach der sie verpflichtet find, gegen jeden Einbruch in sie als gegen ein "internationales Berbrechen" gemeinsame Santtionen zu ergreifen.

Es ist selbstverständlich nicht so, als ob in dem Vertrag, der den I. Teil des Versailler Friedensvertrages bildet — im Völkerbundsvertrag —, sich nur diese Absicht verkörpern wollte. In diesen Vertrag flüchtete sich auch alles zusammen, was sich aus dem Zusammenbruch des idealistischen Gebäudes im Augenblick des Waffenstillstandes zu retten versuchte. Seither ist der Völkersbund der Schauplatz zweier entgegengesetzer Willensströmungen: einer Strösmung, die dem angeblich dem Weltkrieg immanenten Ziel der Einführung neuer Formen in das zwischenstaatliche Leben Gestalt verleihen will: durch das Vermittlungss, Vergleichss und Schiedsversahren und eine internationale Rechtsprechung im zwischenstaatlichen Leben den Austrag von Gegensätzen, den Kräfteausgleich erleichtern und badurch die Möglichkeit bewaffneter Konsslikte, den Austrag durch Waffengewalt vermindern. Und einer zweiten Strösmung: unter Vorgabe derartiger idealer Absichten und unter dem Schlagworte einer Verhinderung und Absichaffung des Krieges überhaupt, jede Anderung an dem vor fünseinhalb Jahren geschaffenen Machts und Gebietszustand zu vers

hindern.

Besonders deutlichen Ausdruck hatte diese letztere Strömung in dem Garantiepaktsentwurf gefunden, der heute erledigt ist, an dessen Ausarbeitung aber
viele Staaten während längerer Zeit gutgläubig und ohne die wahren Absichten zu durchschauen, mitgewirkt haben. Auf der eben zu Ende gehenden
V. Bölkerbundsversammlung ist nun wiederum, in Form eines Protokolls, ein Abkommen ausgearbeitet worden, dessen endgültiger Wortlaut im Augenblick
der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht vorliegt, dessen Tendenz aber an Hand
des bisher bekannt Gewordenen als durchaus die gleiche bezeichnet werden nuß,
wie sie sich im ersten Garantiepaktentwurf ausdrückte und die zu der gutgläubig idealen Richtung im Völkerbund, wie sie z. B. die neutralen Kleinstaaten vertreten, in unüberbrückbarem Gegensat steht. Zum Ausgangspunkt
— gewissermaßen als Köder — wird darin die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit genommen, auf die gerade von den Kleinstaaten mit Recht so großes Gewicht gelegt wird. Durch ihre Einführung soll das Zurückgreisen auf den Krieg auch für den Fall "verboten" werden, daß das vermittelnde Organ, der Rat, in sich selbst nicht einig werden kann über einen Streitsall; d. h. der Krieg wird nun grundsäslich verboten, seit jeher eine Lieblingsidee des Pazissämus; allerdings — und damit kommt der Pferdesuß zu Tage — nur der "Angriffskrieg"; "Abwehr"= und Sanktionskriege sind gestattet, wobei ein Angriffskrieg oder "Kriegsakt" nicht nur in dem Berstoß gegen die über=nommene Verpslichtung besteht, jeden Streit einem Schiedsgericht oder dem Rat zu unterbreiten und sich dessen Spruch oder Empsehlung zu unterziehen, sondern auch in der Verlezung gewisser Bestimmungen der Friedensverträge, z. V. der Art. 42—43 des Versailler Vertrages über die Entmilitarisierung des linken Rheinusers, oder in der Nichtbeachtung von militärischen, vom Kat angeordneten Verhaltungsmaßregeln u. s. w. Auch die Sonderabkommen, die im ersten Garantiepaktsentwurf auf so viel Widerstand stießen, sinden sich in etwas unschuldigerer Ausmachung im neuen Garantiepakt des Benesch-Protofolss wieder; ebenso ist die automatische Ausslösung der militärischen Sanktionen vorgesehen, sobald ein Kriegsakt, eben z. B. die Verletzung einer in den Friedensverträgen geschaffenen entmilitarisierten Zone vom Kat sestegestellt ist.

Die Schweiz kann die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit im zwischenstaatlichen Leben nur begrüßen und voll unterstüßen. Aber sie muß jede Verkoppelung derselben mit einem militärischen Garantiesustem abslehnen. Einmal, weil jede Zugehörigkeit zu einem militärischen Garantiesustem die Schweiz selbst in Anbetracht ihrer exponierten Lage bei ausbrechenden oder bestehenden internationalen Konflikten den schwersten Gesahren aussest; wir haben uns darüber bei Behandlung des ersten Garantiepaktentwurfs aussührslich verbreitet. Und zweitens, weil es ein Mißbrauch des Schiedsgerichts gedankens ist, ihn zur Garantie eines bestehenden Machts und Gebietsschstenüßen zu wollen. Das Wesen des Schiedsgerichts ist das ausgleichender Gerechtigkeit. Das Schiedsgericht gerade soll dadurch Konflikten vorbeugen, daß es Hand bietet zur Abänderung unhaltbarer Verhältnisse auf dem Wege gerechter Abwägung. Es ist eine gewisse Gewähr für ein freies Spiel der Kräfte. Es in den Dienst eines Garanties und Sanktionsspstems stellen, heißt es zu einem Hilfsmittel der Unterdrückung und Erstarrung machen.

Man erwartet vielerorts von einem Beitritt Deutschlands eine Stärkung berjenigen Kräfte im Völkerbund, die das Schiedsgericht in seinem wahren Sinne angewendet und im Völkerbund vornehmlich ein Organ für die Kesvision der Friedensverträge und die allmähliche Wiederherstellung eines freien internationalen Kräftespiels sehen möchten. Unsere besten Wünsche begleiten diese Hoffnung. Unsere eigenen Erwartungen gehen nicht so hoch. Auf jeden Fall möchten wir auf die große Bahrscheinlichkeit ausmerksam machen, daß ein Beitritt Deutschlands eine wesentliche Vertiesung der Gegensätze innerhalb des Völkerbundes zur Folge haben würde, und damit für die Schweiz dem Völkerbund und den Händeln der Großmächte gegenüber noch mehr Zurückhaltung gedoten wäre als disher. Den gutgläubigen Kräften im Völkerbund wird Deutschland keine sehr starke Stütze werden können, weil es selbst dessen entbehrt, was diesen fehlt: die Macht. Dazu wäre nur Amerika im Stande. Und Amerika hat gerade diese Verkoppelung eines für die Zukunft geschaffenen Versahrens mit der Vergangenheit abgelehnt und es wird sie weiter absehnen. Gelingt es nicht bald, Genf von Versailles zu lösen, dann wird die Genfer Institution, der I. Teil des Versailler Vertrages, einmal gleichzeitig mit diesem Vertrag zerfallen.

Die Haltung der schweizerischen Delegation gegenüber dem neuen Garantiepakt steht im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht fest. Zeitungsmeldungen zufolge soll von der Unterzeichnung des "Protokolls" abgesehen werden. Würde die Delegation auf Beisung des Bundesrates diese Haltung einnehmen, so dürfte sie der Zustimmung des ganzen Landes sicher sein. Sine Unterzeichnung wäre auch deswegen unklug, weil diese im Parlament nie die Genehmigung sinden dürfte und damit der Bundesrat wieder einmal vor dem Ausland desavouiert werden müßte. Wäre allerdings noch etwas von dem idealen Schwung vorhanden, der vor einigen Jahren so viele Leute sich etwas voreilig an das Bruderherz anderer Nationen wersen ließ, dann müßte einmal ein aufrechter Mann in Genf ausstehen und auf den Tisch schlagen und es aussprechen, was so viele im Innersten sühlen: genug des Spiels! Entweder los von den Friedensverträgen und ehrliche Ausbauarbeit sür die Zustunft, oder dann Heinkehr auf Nimmerwiedersehen! Da aber Mut etwas ist, was man in den letzten sechs Jahren in eidgenössischen Landen nur mit einem sehr großen Vergrößerungsglas seststellen konnte, wollen wir uns dabei besruhigen, daß man heute in Bern die europäische Lage und die Dinge in Genfrichtig einzuschäten scheint, wenn man auch, als Konzession an die Zeit, noch, gerne so tut, als ob . . .

Burich, den 29. September 1924.

hans Dehler.

Bur politischen Lage.

Bor und hinter ben Ruliffen. — Made und Birklichkeit. — Der innere Rampf in Deutschland.

Im Frühjahr 1882 wurde zwischen Deutschland, Osterreich und Italien zum ersten Male der Dreibundsvertrag abgeschlossen und 1887 wiederum ersneuert. Die Veranlassung dazu war der Gegensatz Italiens zu Frankreich im Mittelmeer, hauptsächlich die französische Besetzung von Tunis 1881. Unter der Ministerpräsidentschaft von Crispi wurde das Verhältnis zu Frankreich besondersseindselig; es kam sogar zu einem Follkrieg. Das machte natürlich die Anslehnung an die Dreibundsgenossen sehr angenehm und deshalb wird die Zeit der beiden Ministerpräsidentschaften Crispis, 1887—91 und 1893—96, als die

eigentliche Blütezeit des Dreibunds bezeichnet.

Seit 1882 war also Osterreich der Bundesgenosse Italiens. Da mußte die unablässig weitergehende irredentistische Bewegung in Italien von der Regierung wohl oder übel verleugnet werden. Das geschah auch verschiedene Male. Allzu laute Aundgebungen wurden unterbunden oder verurteilt. Im übrigen gingen freilich diese Bestrebungen zur Losreißung der italienischen Gebiete Osterreichs ruhig weiter. Sie wurden beiderseits der Grenze getragen von den zahllosen irredentistischen offenen und geheimen Gesellschaften und Bersbänden. Große Geldmittel flossen aus Italien nach Trient und Triest, nach Görz und Zara. Gerade in jenen Jahren, um 1890, entstand auch die heute so weit verdreitete und mächtige Dante-Allighierischesselelsschaft. Sie wurde von Frredentisten gegründet und die Förderung der Frredenta war zuerst ihr einziges Jiel. Erst nach und nach kam dazu die Förderung italienischer Sprache und Kultur überall im Ausland und die Fürsorge für die in der ganzen Welt zerstreuten italienischen Auswanderer. Das heute allein sichtbare, wenn auch nicht allein vorhandene Vereinsziel ist also erst im Laufe der Zeit ausgestellt worden. Ihder die Frühzeit der Dante-Allighierischesselsschaft berichtet nun einer der Gründer, Gian Francesco Guerrazzi, in einem vor kurzem ersschienenen Buche. Deute, nach dem Jusammenbruche Ssterreichs, können die Schleier über manchem sonst streien gehüteten Geheimnisse gesüftet werden. So enthält das Buch eine Fülle interessanter Angaben, die auch heute für die Rachbarn Italiens noch zeitgemäß sind.

Ich möchte jett nur eine Episode herausgreifen: Im Jahre 1891 kam die Dante-Allighieri-Gesellschaft in Geldverlegenheit. Für ihre ganz geheim betriebene Tätigkeit in Österreich brauchte sie große Geldmittel und zwar infolge außersordentlicher Umstände in kürzester Zeit. Woher diese beschaffen? Es zeigte sich kein Ausweg. Da entschlossen sich die leitenden Leute, zum Ministerpräsidenten

¹⁾ Ricordi di Irredentismo. Bologna 1922.

Crifpi, ihrem politischen Gegner, zu gehen. Und Crifpi, der Befürworter des Dreibundes, bewilligte ihnen sofort die gerade nötige große Summe. Ja, noch mehr, er verschaffte der Dante dauernd eine Unterstützung aus Regierungs= geldern für die Geheimattion in Hiterreich. Also auch in der Zeit der dicksten Freundschaft hat Italien den Jrredentismus trop aller offiziellen Beteuerungen unterstützt und zwar hat das gerade der leitende Staatsmann getan, der am festesten zum Dreibund stand!

Warum habe ich diese weit zurückliegende Episode herausgegriffen? Reines= wegs, um sie als eine besondere Schlechtigkeit festzunageln. Denn ich bin über= zeugt, daß ähnliche Dinge sich in fast allen Ländern und zu den verschiedensten Beiten zugetragen haben. Man kann das ja auch heute an allen Eden und Enden feststellen. Ich habe diese kleine Geschichte einzig und allein als schlagendes Beispiel für den Unterschied zwischen der offen verkündeten und wirklich befolgten Politik der Großmächte angeführt. Es ist ja eine alte Binsen-wahrheit, daß die Reden der Staatsmänner, die Rundgebungen der Regiesten und die Reden der Staatsmänner, die Rundgebungen der Regiesten und die Reden der Staatsmänner, die Rundgebungen der Regiesten und die Reden der Staatsmänner, die Rundgebungen der Regiesten und die Reden der Staatsmänner die Rundgebungen der Regiesten und die Reden der Staatsmänner die Rundgebungen der Regiesten und die Reden der Staatsmänner die Rundgebungen der Regiesten und die Reden der Staatsmänner der Regiesten Resielsten Regiesten Re rungen und gefrönten Häupter, die ganze vor aller Welt betriebene Politik eines Staates nie für bare Münze genommen werden darf. Es ist auch eine altbekannte Tatsache, daß über alle Zufallskonjunkturen, über alle Wechselfälle des alltäglichen politischen Intriguenspieles, über persönliche Reigungen leitender Personen, über geistige Strömungen von großem Umfange immer wieder die Lebensnotwendigkeiten der Bölker, die harten, nackten Tatsachen den Sieg das vontragen. Die von den Berhältnissen vorgezeichnete politische Haltung eines Staates mag icheinbar gang aufgegeben werden, fie wird im ersten gunftigen Augenblick doch wieder unwiderstehlich durchdringen.

Die vollkommen richtig diese Erfahrungstatsachen sind, haben wir in den letten Jahren an einer Unmenge von Beispielen wieder feststellen konnen. Trotsbem macht man tagtäglich die Erfahrung, daß von irgend einer schönen Rede, von einem abgeschlossenen Abereinkommen oder dergl. eine grundlegende Umtehr der Politik eines Staates erwartet wird. Man wertet diese Dinge nicht als gewöhnliche Rampfmittel der Diplomatie, als Silfsmittel des Augenblicks, sondern man nimmt sie immer wieder vollkommen ernft. Wenn sich dann in fürzester Zeit zeigt, daß alles bloß Schein war, so ist die Enttäuschung sehr groß. Das hindert aber gar nicht, daß im nächsten Augenblick alles wieder gläubig und vertrauend auf eine neue Spiegelsechterei hereinfällt. In unserer schweizerischen Offentlichkeit und in unserer Presse kann man immer wieder feststellen, wie leicht sie dem Ausland gegenüber für allen möglichen Schwindel zugänglich ist. Schlagworte verfangen bei ihr fast regelmäßig. Man kann sich nicht entschließen, hinter all den schönen Worten, hinter den so überzeugend echt dargestellten Theaterstücken die nackte Wirklichkeit zu suchen.

Das hat man auch in den letten Wochen wieder auf Schritt und Tritt mit Bedauern feststellen muffen. Freilich ift anläglich der Genfer Berhandlungen eine wahre Sturzsslut von Stimmungsmache über uns gegangen. Nicht nur aus Genf und aus den beteiligten Staaten der früheren Entente, sondern auch aus Deutschland und vor allem aus den Areisen unserer Völkerbundsfreunde wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, unserm Volke die Überzeugung beizubringen, daß jetzt in Genf der endgültige und wahre Friede sabriziert werde. Dieses einheitliche, Wochen lang ohne Unterbruch andauernde Trommelfeuer hat seine Wirkung nicht verfehlt. Man glaubt in weiten Kreisen sest daran, daß die Genfer Berhandlungen den entscheidenden Wendepunkt in den europaischen Berwidlungen bilben und daß nun der Beg zu der so fehr ersehnten friedlichen Zukunft wirklich offen sei.

Es ist ja unleugbar, daß heute die Boraussetzungen für positive Arbeit im Bölkerbund besser sind als je vorher. Es ist nicht zu bestreiten, daß die politische Spannung in Europa in den letten Monaten bedeutend gemildert worden ift. Man darf dabei aber ja nicht vergessen, daß ähnliche Zeiten der Beruhigung sich seit 1918 immer wieder zwischen die Sturmzeiten eingeschoben haben. Man barf nicht vergeffen, wie oft man ichon ber Befriedung Europas

nahe zu sein glaubte. Man mache sich doch klar, daß in Genf nicht eine gemeinnützige Gesellschaft oder ein Parlament beieinander ist, sondern eine Berssammlung von diplomatischen Bertretern der großen und kleinen Staaten. Was dort ausgesochten wird, ist nichts anderes als eine Fortsetzung der zahlslosen mehr oder weniger freundschaftlichen Berhandlungen der letzten Jahre. Bor wenigen Monaten noch wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten in scharfen Reden und Noten ausgetragen. Heute zieht man sanstere Töne vor. Die Herren umarmen sich und vergießen Freundschaftsstränen über den Edelmut der andern. Dieses Theater wird aber die Regiesrungen in London, Paris, Kom u. s. w. keinen Augenblick bei ihrem kühlen. Rechnen beeinflussen. Und ebensowenig werden dies die schönen Reden der Berstreter der Kleinstaaten bewirken, die in unsern Blättern eine so große Kolle spielten. Auch in Genf liegt die Entscheidung eben bei den Großmächten, die gerade so weit mitmachen, als es in ihrem Interesse liegt.

Es sollen nun hier nicht die Ergebnisse in Genf im Einzelnen gewertet werden; das wird in diesen Heften an anderer Stelle aussührlich geschehen. Mur das muß noch einmal mit aller Deutlichkeit betont werden: Ein noch so kunstvolles System von Garanties und Abrüstungsverträgen wird Europa nie dauernden Frieden geben können, solange es im Grunde genommen einzig und allein dazu dienen soll, einer Gruppe von Staaten eine ihnen mit Gewalt aufsgezwungene Last dauernd aufzuerlegen. Und etwas anderes geschieht heute in Genf nicht. Solange die Pariser Verträge mit ihren gewaltigen Lasten für die Besiegten, solange die dort gezogenen unnatürlichen Grenzen zu Rechte besstehen, solange wird es in Europa nie dauernd ruhig werden. Und daran werden alse möglichen Verträge nichts ändern können. Man wiege sich nur ja nicht in falschen Hoffnungen, sonst könnte das Erwachen einmal sehr unangenehm

* *

werden.

In Deutschland ist, wie zu erwarten war, das Dawes-Gutachten schließlich doch angenommen worden. Die deutschnationale Partei hat sich darüber
gespalten und muß einstweilen die innern Gegensäße austragen. Das kommt
selbstverständlich den Parteien der Linken zugute, von den Sozialisten dis zum
Zentrum. Nach den Einbußen der letzen Jahre gehen sie seit einiger Zeit
wieder zum Angriff über. Bor allem suchen die Sozialdemokraten verlorenen
Boden zunächst zu gewinnen. Die Beruhigung in der großen Politik und
die fühlbare Abnahme des französischen Drucks im deutschen Westen hilft dabei
mit. In der gleichen Richtung wirkt die wirtschaftliche Besserung für weite
Kreise des Volkes und die Hoffnung auf günstige Aussichten in der Zukunft
aus der Annahme des Dawes-Plans. So sind denn allmählich die Rollen
vertauscht worden. Die Linke geht zum Angriff über und die Rechte sieht
sich in die Verteidigung gedrängt. Beiter regen sich ganz allgemein die gemäßigten Mittelparteien auf Kosten der in der äußersten Kot groß gewordenen
Flügel links und rechts, Kommunisten und Völkischen Kampf hinein.

Diese Entwicklung äußert sich einmal in der Schaffung einer großen Kampforganisation durch die Linksparteien, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Es soll den Kampf gegen die mächtigen Verbände der Rechten, wie Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Wehrwolf u. s. w. aufnehmen, die sich als sehr zu fürchtender Gegner erwiesen haben. Die neue Organisation ist rasch sehr groß geworden. Ob sie aber die ihr zugedachte Aufgabe mit Erfolg wird könnt konnt bei der die ihr zugedachte Aufgabe mit Erfolg wird

lösen können, kann heute noch gar nicht beurteilt werden.

Das Gefühl des Erstarkens äußert sich bei der deutschen Linken, vor allem den Sozialisten, am bezeichnendsten in dem Bunsche nach der Auflösung des Reichstages und nach Reuwahlen. Es wird ja wohl einstweilen noch nicht dazu kommen. Man wird noch die Ergebnisse der bevorstehenden Teilwahlen, zu den Landtagen in Hessen und Preußen, adwarten. Fallen diese Proben günstig aus, so wird man freilich nicht lange zögern. Aus den kürzlich vorgenommenen Bahlen zum Reichstag in Oberschlesien kann man auf die Stimmung der

Wählerschaft kaum Schlüsse ziehen, da die Verhältnisse dort zu eigenartig sind. Nur das ist ersichtlich, daß das politische Interesse überhaupt im Abnehmen ist. Bloß einen Ausschnitt in dieser innerpolitischen Auseinandersetzung bildet, von Deutschland aus gesehen, die Frage des Beitritts zum Bölkerbund. Die Linksparteien treten dafür ein und suchen auch dieses Ergebnis ihrer Politik möglichst rasch unter Dach zu bringen. Weshalb? Offenbar spielt da die Erstäung stark mit daß die Mechte gegen den Gintritt ist und das die Erstäung stark mit daß die Mechte gegen den Gintritt ist und das die Erstäung stark mit daß die Mechte gegen den Gintritt ist und das die Erstäung stark mit daß die Mechte gegen den Gintritt ist und das die Sinkspieles wägung stark mit, daß die Rechte gegen den Eintritt ist und daß die Linksparteien der Westmächte dagegen diesen sehr wünschen. Im Grunde genommen ist die Fragestellung für Deutschland sehr einfach. Der Völkerbund ist gegenwärtig der Ort, wo sich ein großer Teil des internationalen diplos matischen Spiels abwickelt. Ist es deshalb für Deutschland vorteilhafter, das bei zu sein oder nicht? Diese Frage wird die deutsche Regierung zu beantsworten haben und sich demnach entschließen müssen. Die einen antworten darsauf: Der Bölkerbund behandelt so viele Dinge, die Deutschland angehen, daß es äußerst wichtig ist, dabei mitsprechen zu konnen. Deshalb muß es beitreten. Die andern dagegen erklären: Der Bölkerbund soll nur dazu dienen, den Entente= staaten die Beute gu sichern. Wenn Deutschland ihm beitritt, so nimmt es nur eine Verpflichtung zur Haltung unhaltbarer Dinge auf sich. Also bleibe es braußen. Beide Teile haben sicher in manchem recht. Die Wahl ist also schwierig. Niemand tann fie den Deutschen abnehmen, fie muffen fich selbst ent= scheiden.

Maran, ben 27. September 1924.

Settor Ammann.

Aus Zeitschriften

Rugland ift uns in der Schweiz seit vielen Jahren ein Buch mit sieben Siegeln. Haft ungetrübt das Wenige erhaschen zu lassen, was uns ein unabhängiges Urteil erlauben könnte. Im Juni-, Juli- und Augustheft der katholischen Münchner Zeitschrift "Hochland" veröffentlicht Fedor Stepun Gestanken und Bilder über "Das bolschewistische Außland". Stepun, Russe aus alter Familie, vor turgem von der Sowjetregierung aus Rugland ausgewiesen, steht über jeder Parteileidenschaft und schreibt mit so viel Abstand von den Dingen, daß einem seine Aufzeichnungen äußerst aufschlufreich sind. Bon den Bustanden, wie er sie aus der schlimmsten Zeit der Bolschewistenherrschaft schildert, weiß man bereits. Er verlebte diese auf dem ehemaligen Gut der Eltern seiner Frau. Später wurde er "zwecks Mitarbeit am Ausbau der proletarischen Kultur" nach Moskau an das Reichs-Mustertheater kommandiert. Den Gesamteindruck jener Jahre faßt Stepun so zusammen: "Die fünf letzen Jahre des russischen Lebens haben in der Seele das Gefühl des Wahnsinns und des Wirklichseins endgültig zu einer unlösbaren Einheit verbunden." Trotzdem hatte er es abgelehnt, "aus dem leidenden Rußland in das Wohlsein Europas zu flüchten", dis ihn vor einem Jahre der Besehl der Gouvernements» verwaltung erreichte, Rußland zu verlassen, da "seine philosophische und resligiöse Einstellung nicht länger zu dulden sei".

Seine Ausreise führt Stepun zu einem kurzen Ausenthalt in Riga, der Hauptstadt des neuen lettischen Staates. Hier kommt ihm zum ersten Mal

der äußere Zusammenbruch des russischen Reiches zum Bewußtsein. "Bon 9 Uhr morgens bis zum späten Abend wanderte ich durch die uns "enteigneten" Rigaer Straßen und fühlte mich zum ersten Mal seit den Kriegsund Revolutionsjahren in meinem patriotischen Empfinden tief verlett. Früher war Rußland für mich immer nur Idee, Seele, Volk. Nun fühlte ich: Rußland war auch ein mächtiger Staat gewesen, und beffen Souveranität ift entweiht